

# Kein Ausbaustopp, aber „gerechtere Verteilung“

*KN, vom 09.02.19*

Kreistag unterstützt bei Windkraft Rathauschefs

## MAIN-KINZIG

Eine Woche nach dem Treffen von Landrat Thorsten Stolz (SPD) mit zahlreichen Bürgermeistern aus dem Kinzigtal hat der Kreistag gestern mehrheitlich eine Überarbeitung des Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) und eine gerechtere Verteilung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Südhessen gefordert. Herbe Kritik übten die Grünen.

Das Thema Windkraft hatte die FDP auf die Agenda gesetzt. In einem Antrag forderten die Liberalen den Kreistag auf, sich beim Regierungspräsidium Darmstadt dafür einzusetzen, die Anzahl der Windkraftanlagen im Kinzigtal auf den derzeitigen Stand zu begrenzen. „Der Main-Kinzig-Kreis ist keine Kompensationsfläche, um hessische Zielvorgaben in Sachen Windenergie zu erreichen“, betonte FDP-Kreisvize Rolf Zimmermann in seiner Antragsbegründung. Von den 257 fertigen, im Bau oder Genehmigungsverfahren befindlichen Windkraftanlagen befänden sich schon jetzt 122 im

Kreisgebiet. „Im Wetteraukreis sind es 39 Anlagen, im Rheingau-Taunus-Kreis sind es 27 und im Odenwaldkreis 24 Anlagen“, verdeutlichte Zimmermann das aus Sicht der FDP gravierende Ungleichgewicht. Der Teilplan, der von der Regionalversammlung vermutlich im Frühjahr beschlossen wird, sieht laut Zimmermann kreisweit rund 4200 Hektar an möglichen Flächen vor. 2300 Hektar, das entsprechen 230 Windkraftanlagen, lägen allein im Naturpark Spessart.

Zumindest in Teilen unterstützte die Koalition aus SPD und CDU den Vorstoß der Liberalen, legte dann aber einen Änderungsantrag vor, der auf die Forderung nach einem kompletten Ausbaustopp verzichtet und stattdessen die Unterstützung der Abgeordneten für die Initiative von Landrat und Bürgermeistern zum Ausdruck bringt. Konkret heißt es in dem Änderungsantrag, der mit den Stimmen von SPD, CDU, Freien Wählern und Linken mehrheitlich verabschiedet wurde, eine engere Abstimmung der Planer mit den betroffenen Kommunen.

Wie CDU-Fraktionschef Michael Reul betonte, stelle die Initiative des Landrats keine neue Position dar. „Bereits im Dezember 2016 hat der Kreis-

tag mehrheitlich beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass maximal zwei Prozent der Kreisfläche als Vorrangfläche ausgewiesen werden und Windkraftanlagen nur mit Zustimmung der jeweiligen Kommune errichtet werden dürfen. Besonderen Schutz genieße hierbei der Naturpark Spessart und die beiden Kurstädte.“ Stefan Ziegler (SPD) betonte, die Forderung nach einem kompletten Ausbaustopp – wie von FDP und später in einem weiteren Änderungsantrag von der AfD gefordert – würde es unmöglich machen, dass der Kreis die Einrichtung von Anlagen unterstütze, falls Kommunen dies wollten. Derzeit seien kreisweit 98 Anlagen in Betrieb, sieben entstünden in absehbarer Zeit, 23 befänden sich in der Genehmigungsphase. Die Anträge von FDP und AfD fanden keine Mehrheit.

Massive Kritik an der Forderung von Landrat und Bürgermeistern äußerten die Grünen. „Die derzeitige Verteilung der Vorrangflächen erfolgt nach Recht und Gesetz. Was der Landrat jetzt will, öffnet dem Geschacher in Hinterzimmern Tür und Tor“, betonte Jürgen Heim. Stolz entgegnete, eine Erweiterung auf 270 Anlagen, wie es der TPEE ermögliche, sei „nicht vermittelbar“. mab